



Adliswilereien

Informationen aus dem Gemeinderat

Sitzung vom Mittwoch, 3. Juli 2019

Von Wolfgang Liedtke

In der Juli-Sitzung werden immer Einbürgerungsgesuche behandelt. Deshalb ist zu Beginn der Sitzung die Zuschauertribüne ungewohnt voll und vor den Pulten der Stadträte sind Blumensträuße bereitgelegt. Trotz des feierlichen Rahmens dieser Gemeinderatssitzung, in deren Verlauf eine Pause mit Apéro vorgesehen ist, fehlten vier Gemeinderatsmitglieder. Ausserdem ist ein Gemeinderatssitz zurzeit nicht besetzt, nachdem Andrea Blümli (CVP) ihr Mandat abgegeben hat und der Nachrücker bzw. die Nachrückerin noch nicht bestimmt wurde.

Unter dem Traktandum *Mitteilungen* informierte Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) über einen bevorstehenden Besichtigungstermin des erneuerten Reservoirs Rellsten. Stadtpräsident Farid Zeroual (CVP) informierte über die bevorstehende Revision der Gemeindeordnung der Stadt Adliswil, die zunächst dem Gemeinderat und nachher dem Volk vorgelegt werden muss.

Fragestunde

In der Fragestunde wollte Hans-Peter Clesle (EVP) wissen, wieviel Unfälle mit Beteiligung von Velos und e-Bikes sowie wieviel Missachtungen von Verkehrsregeln es in den letzten zehn Jahren in Adliswil gab. Stadträtin Susy Senn informierte, dass es 78 Unfälle mit Velos und seit 2012 (vorher wurden sie nicht erfasst) 16 Unfälle mit e-Bikes gab, davon einer mit einem e-Bike mit Tretunterstützung bis 45 km/h. In den letzten zehn Jahren wurden im Schnitt sieben Bussen pro Jahr an Velo- und e-Bike-Fahrer ausgesprochen, wobei es meistens um eine Missachtung des Fahrverbots, Befahren des Trottoirs oder Fahren ohne Licht ging.

Marianne Oswald (Grüne) erkundigte sich nach der Möglichkeit, dass die Schulverwaltung wie in manchen anderen Gemeinden auch die Rahmenstundenpläne (also die Unterrichtszeiten) schon im Juni bekanntgibt, damit die Eltern die Betreuung ihrer Kinder rechtzeitig organisieren können. Schulpräsident Markus Bürgi (FDP) antwortete, dass dies organisatorisch nicht möglich sei, dass man aber bemüht sei, die Stundenpläne so früh wie möglich zu veröffentlichen.

Angela Broggini (Grüne) fragte nach, warum bei der Erneuerung des Tüfi-Stegs beim Tüfi-Hof nicht vorgesehen werden könne, dass auch Grossvieh diese Brücke benutzen darf. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) erläuterte, dass zur Unfallvermeidung ein rutschfester Belag auf der Holzbrücke erforderlich sei. Dieser Belag würde durch Huftiere beschädigt, weshalb diese nicht über die neue Brücke getrieben werden dürften.

Xheli Etemi (SP) kritisierte, dass das Gras an den Sihlufeln im Sommer sehr hoch sei, so dass das Picknicken erschwert werde. Er wollte wissen, wie oft das Gras geschnitten werde und ob es nicht häufiger geschnitten werden könne. Stadträtin Carmen Marty Fässler (SP) wies darauf hin, dass man aus ökologischen Gründen das Gras wachsen lasse. Sie werde sich aber erkundigen und in der nächsten Sitzung genau darlegen, welche Uferstrecken der Stadt gehörten und wie häufig sie geschnitten werden.

Im Anschluss an die Fragestunde wurden 14 Einbürgerungsgesuche bewilligt. Zwei der Einbürgerungsgesuche waren solche «mit Anspruch auf Einbürgerung», das heisst sie

betrafen Personen, die in der Schweiz die Schule oder weiterführende Ausbildungen besucht hatten und deshalb vom Einbürgerungskomitee nicht auf ihre Integration hin überprüft wurden.

Sanierung der Aussenanlagen des Schulhauses Hofern.

Die Aussensportanlagen (Hartplatz, Laufbahn und Allwetterplatz) des Schulhauses Hofern müssen schon seit Jahren saniert werden. Der Stadtrat hatte die Sanierung mehrfach aufgeschoben, um sie mit der Sanierung und Erweiterung des Schulhauses Sonnenberg gegenüber zeitgleich durchführen zu können. Dieses Projekt wurde von den Fraktionen nicht in Frage gestellt. Es wurde vom gesamten Gemeinderat unterstützt.

Als Referent der Rechnungsprüfungskommission sprach Esen Yilmaz (SP):

Mit viel Freude haben wir das Geschäft im Prüfersteam mit Bernie Corrodi zur detaillierten Analyse nach RPK-Vorgabe angenommen. Wir wurden vom Stadtrat im Voraus ausführlich dokumentiert, und die anschliessenden Fragen konnten speditiv und detailliert beantwortet werden. Die Dokumentation war qualitativ hoch und gut vorbereitet – besten Dank an den Stadtrat und das gesamte Verwaltungsteam. Drehscheibe und Schnittstelle für all' unsere Fragen war Herr Gregor Matter. Er hat unseren knappen Zeitplan berücksichtigt und konnte alle Daten termingerecht einreichen – vielen Dank.

Die gesamtheitliche Betrachtung bei der Sanierung der Schulen Sonnenberg-Wilacker und der Aussenanlage Hofern ist der richtige Schritt. «Gesamtheitlich» ist die Formel, da viele Synergien wie Kosten, Bau- und Verkehrs-Immissionen somit optimiert werden können. Das freut nicht nur die Hauptnutzer der Anlagen, nämlich die Schüler und Lehrpersonen, sondern auch die Quartierbewohner. In unseren Fragen haben wir uns nicht nur mit der Kosten-/Nutzen-Rechnung beschäftigt. Wir haben auch untersucht, welche Anschaffungen und Installationen tatsächlich notwendig sind! Welche Eigenleistung durch die Stadt selbst erbracht werden können und wie die Zinskosten-, Eigen- und Fremdfinanzierung aussehen. Diese Sanierung entspricht dem Zeitgeist der modernen Schule und ist eine Investition für unsere Kinder und die Zukunft unserer Stadt. Sie war schon seit mehreren Jahren fällig, und sollte endlich umgesetzt werden. Bis zur Realisierung eines solchen Projektes verstreichen Jahre, da diverse Hürden genommen werden müssen. Diese verlorene Zeit aufzuholen ist unmöglich. Die RPK befürwortet den Realisierungskredit einstimmig und dankt allen Beteiligten.

Xheli Etemi von der SP-Fraktion äusserte sich folgendermassen:

Die Fraktion der SP Adliswil teilt die Meinung des Stadtrates, dass die Aussenanlagen sanierungsbedürftig sind. Der rote Platz weist Risse auf, und in den Ecken hat sich der Belag ganz aufgelöst, und das Fundament kommt zum Vorschein. Wir sind auch der Meinung, dass die Ausgestaltung dieser Aussenanlagen nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht. Aus diesem Grund begrüssen wir das Vorgehen des Stadtrates, dass er ein Gesamtkonzept für die Aussenanlagen angegangen ist, welches beide Schulen - Sonnenberg und Hofern - berücksichtigt. Ebenfalls positiv bewerten wir, dass Vereine und Anwohner sich zum Gesamtkonzept äussern konnten. Wenn man die Visualisierungen anschaut, so sehen diese sehr ansprechend und einladend aus. Einziger Wehrmutstropfen aus Sicht der SP Adliswil ist das Beachvolleyballfeld. Wir sind uns bewusst, dass es ein Wunsch der verschiedenen Anspruchsgruppen war, glauben jedoch, dass die Wartung des Beachvolleyballfeldes sehr intensiv sein wird. Weiter ist es eine Fläche, die nur von Mai bis September genutzt werden kann. Wir planen also eine Fläche, die voraussichtlich während sieben Monaten ungenutzt sein wird.

Allenfalls könnte das Beachvolleyballfeld jeweils auch für den Weitsprung bzw. für Kugelstossen benutzt werden. Und der Brunnen für die Trinkwasserversorgung könnte neben den Bäumen auch noch eingefügt werden und böte Aufenthaltsqualität für alle Schülerinnen und Schüler.

Es bleibt für uns die Frage, ob es nicht besser wäre, alle Beachvolleyballaktivitäten ins Freibad Adliswil zu verlegen, da dieses ja auch nur geöffnet hat, wenn Beachvolleyball

Saison hat. Die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe Hofern sollten den Weg gut unter ihre Füsse nehmen können.

Weiter möchten wir positiv hervorheben, dass geplant ist, mit Bäumen für Schatten zu sorgen und der Brunnen für die Trinkwasserversorgung (bezüglich Aufenthaltsqualität für alle Schülerinnen und Schüler). Gerade die letzten Tage haben gezeigt, wie wichtig dies ist. Die Fraktion der SP Adliswil dankt dem Stadtrat für die umsichtige Planung und wird dem Geschäft trotz Beachvolleyballfeld zustimmen.

Leistungsziele und Indikatoren 2020

Bei diesem Geschäft ging es darum, die Leistungsziele und Indikatoren im Budget und in der Jahresrechnung, über die der Gemeinderat die Arbeit der Stadtverwaltung beeinflussen kann, anzupassen. Die SP-Fraktion war hellhörig geworden, weil die Rechnungsprüfungskommission in ihrem Antrag anregte, in Zukunft den Kostendeckungsgrad für die Elternkurse, welche die Schule Adliswil anbietet, auf 100 Prozent zu erhöhen. Dies würde dazu führen, dass die Kursgebühren um das Drei- bis Vierfache steigen müssten. Nach Meinung der SP gab der erreichte Kostendeckungsgrad aber ein falsches Bild, da in den Kosten auch die Unterhaltskosten, welche die Liegenschaftsabteilung für die Gebäude berechnete, enthalten waren. Angelika Sulser (SP) ging in ihrem Votum auf die Bedenken der SP-Fraktion ein:

Die Leistungsziele und Indikatoren sind die Grundlage für die Planung für das kommende Budget. Das Parlament soll dadurch die grossen Leitlinien vorgeben und die Verwaltung steuern können - so zumindest die Philosophie von New Public Management. Wir sehen es ja selber Jahr für Jahr und müssen uns eingestehen: Die Verwaltung lässt sich eigentlich gar nicht steuern. Dieses Instrument generiert einen enormen bürokratischen Aufwand, aber die Ausgabenplanung lässt sich nicht bzw. kaum steuern. Das Parlament hat die Kontrolle völlig abgegeben. Die SP-Fraktion und an vorderster Front Alt-Gemeinderat Kurt Frei hatte damals bei der Einführung von New Public Management bereits davor gewarnt - und sie hat Recht behalten. Die Leistungsziele und Indikatoren verschlingen eine Unmenge an Ressourcen, ohne dass etwas Brauchbares rauskommen würde.

Einzig in münzigen kleinen Bereichen, wie z.B. bei den Elternkursen kann man Akzente setzen. Aber wir sprechen hier über Beiträge von weniger als 10'000 Franken. Da fragt sich die SP-Fraktion schon, ob das sinnvoll ist, an solch kleinen Positionen zu schrauben. Die RPK verlangt, dass diese kostendeckend angeboten werden sollen. Das mag aus rein finanzpolitischer Optik vielleicht Sinn ergeben, aber die SP-Fraktion sieht auch noch eine bildungspolitische Seite. Ein kostendeckendes Angebot würde die Kursgebühren vervielfachen und die Zahl der Anmeldungen verringern. Wahrscheinlich würden diese Kurse dann irgendwann eingestellt. Die SP-Fraktion wird sich deshalb weiterhin dafür einsetzen, dass für die Elternkurse keine Kostendeckung festgelegt wird.

Die Anpassungen an den Leistungszielen und Indikatoren wurden vom Gemeinderat einstimmig genehmigt.

5G-Infrastruktur-Ausbau

In der vorangegangenen Sitzung des Gemeinderates im Juni, war die Dringlichkeit eines Postulats von Pascal Engel (EVP) vom Gemeinderat bestätigt worden. Innerhalb der zweiwöchigen Frist hatte der Stadtrat entschieden, das Postulat annehmen zu wollen. Nun musste der Gemeinderat das Postulat an den Stadtrat überweisen.

Das Postulat bemängelte die ungesteuerte Installation von 5G-Antennen, obwohl die Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit noch nicht ausreichend untersucht worden waren. In seiner Stellungnahme räumte der Stadtrat ein, dass er erst nach der Installation einer 5G-Antenne an der Webereistrasse durch die Installationsfirma per E-Mail informiert worden sei. Von weiteren Installationen in Adliswil wisse er nichts.

In seinem Votum kritisierte der Postulant, dass das AWEL die Installation von 5G-Technik an bestehenden Funkmasten als Bagatelländerung ansieht, die keiner Genehmigung bedarf und von der die zuständige Gemeinde erst im Nachhinein informiert werden muss. Für die CVP/GLP-Fraktion teilte Gabriel Mäder (GLP) mit, dass man zwar gegen ein Moratorium von Installationen sei, das Postulat aber unterstützen wolle. Kanny Muthuthamby (SP) erklärte für seine Fraktion, dass man nicht gegen neue Technologien sei, aber gegen einen ungezügelter Ausbau der 5G-Infrastruktur. Die Installationen sollten von der Stadt kontrolliert und gesteuert werden können.

Für die FDP/EVP-Fraktion, zu der auch der Postulant gehört, kritisierte Vera Bach (FDP) die Technologiefurchheit der anderen Fraktionen, deren Mitglieder doch offensichtlich alle Mobiltelefone benutzen. Sie sprach im Zusammenhang mit den Bedenken über mögliche Gesundheitsgefahren von «Verschwörungstheorien», wie es sie auch bei der Einführung der Eisenbahn und des Autos gab. Der Postulant Pascal Engel antwortete darauf, dass in der Vergangenheit neue Technologien oft unbedenklich eingesetzt wurden und sich später die gesundheitlichen Folgen herausstellten. Dies gelte für Eisenbahn und Auto wie auch für Radiologie, Schädlingsbekämpfungsmittel, Asbest und Blei.

Stadtrat Felix Keller äusserte im Namen des Stadtrates die Unzufriedenheit mit dem Verfahren des AWEL als bewilligende Behörde und teilte mit, dass der Stadtrat die angekündigte Studie des Bundesamtes für Umwelt (BAFU) zur 5G-Technologie abwarten wolle.

Das Postulat wurde mit 21 Ja-Stimmen gegen 10 Nein-Stimmen (darunter die FDP/EVP-Fraktion ohne den Postulanten und einige Stimmen der SVP) an der Stadtrat überwiesen.